



KW 35

In dieser Woche beherrschte ein rechtskonservativer Populist die Schlagzeilen. Diesmal ist nicht CSU- und Bayern-Chef **Markus Söder** gemeint, sondern sein Koalitions-Vize von den „Freien Wählern“ **Hubert Aiwanger**. Der Fall „Aiwanger“ um ein antisemitisches Hetzflugblatt ist inzwischen auch zum Fall Söder geworden.

Wer hat sie nicht begangen, die Jugendsünden? Niemand möchte gern daran erinnert werden und hofft, dass weder Fotos noch andere Dokumente jemals wieder auftauchen. Interessant ist immer der Zeitpunkt, an dem etwas aus der Vergangenheit das Tageslicht erblickt. Das antisemitische Flugblatt, das nach eigener Darstellung **Helmut Aiwanger** verfasste und sein Bruder **Hubert Aiwanger** „lediglich“ im Schulranzen mit sich herumtrug, ist offenbar schon länger bekannt, taucht aber gerade jetzt, kurz vor der bayerischen Landtagswahl, in der Öffentlichkeit auf. Zufall? Natürlich nicht. Über die Doktorarbeiten von Politikern machen sich die selbst ernannten Rechercheure immer erst dann her, wenn eine Person in ein wichtiges Amt gekommen ist. Man muss kein Verschwörungstheoretiker sein, um die Absicht, die dahintersteckt zu durchschauen. Es geht hier nicht darum, die Vorwürfe kleinzureden und die Verursacher in Schutz zu nehmen. Es ist lediglich eine Feststellung.

Wer mit 17 Jahren derartig menschenverachtende Texte verfasst oder mit sich führt, hat entweder keine gute elterliche Erziehung genossen oder in der Schule nicht aufgepasst. Sich so zu äußern, offenbart eine kaputte Geisteshaltung. Kein 17-Jähriger kommt von allein auf den Gedanken, einen imaginären Wettbewerb auszuschreiben, dessen erster Preis „ein Freiflug durch den Schornstein in Auschwitz“ ist. Da muss einiges im jungen Leben schiefgelaufen sein. Wo waren die Eltern?

Es nützt auch nichts, es später als Satire verharmlosen zu wollen. Sich zu entschuldigen, ist das mindeste, aber für einen Spitzenpolitiker eben auch zu wenig. In diesem wie in vielen Fällen zuvor, ist die eigentliche Tat die eine Seite der Medaille, die andere zeigt den Umgang damit. Für Aiwanger ist das eine Schmutzkampagne gegen ihn mit dem Ziel, wie er in einem Bierzelt – wo sonst – sagte, um die Grünen in Bayern an die Macht zu bringen. Sich mit 17 Jahren dämlich zu verhalten, könnte gerade noch entschuldigt werden, sich aber mit 52 noch dämlicher zu

verhalten, geht gar nicht. Dass das Flugblatt von einst nun landesweit in den Medien abgebildet worden ist, wird die Neo-Nazis freuen. So viele Exemplare hätten die Schüler von damals gar nicht drucken können, wie ihr Machwerk heute Verbreitung findet. Natürlich ist das ein Problem. Einerseits sollte man so etwas nicht noch multiplizieren, andererseits macht es wenig Sinn, über etwas zu diskutieren, das man nicht kennt. Transparenz ist wichtig. Diese findet aber in Bayern nicht statt. Dass **Markus Söder** 25 Fragen an **Hubert Aiwanger** gestellt hat, die dieser angeblich am Freitag beantwortete, ist sehr schön, hat aber keinen Nachrichtenwert. Die Öffentlichkeit hat jedoch ein Recht darauf, Fragen und Antworten zu erfahren. **Um 19:10 Uhr ist Markus Söder heute im ZDF zu Gast beim Sommerinterview.** Um den Fall „Aiwanger“ wird er nicht herumkommen.

Die taz hat 25 Fragen an Söder gestellt, nachzulesen unter: <https://taz.de/!5957158/> Die letzte Frage lautet: „Herr Söder, telefonieren Sie schon heimlich mit den Grünen?“ Söder hat die Grünen zu seinem Hauptfeind erklärt und richtet sein Bett schon wieder für die „Freien Wähler“ ein.

Die letzte Wahlumfrage für Bayern stammt vom 9. August. Warten wir die aktuelle ab. 39 Prozent bekäme die CSU in dieser Umfrage. Söder braucht einen Koalitionspartner. Das ginge mit der SPD und ihren neun Prozent mal gerade so, aber bequem mit den *Freien Wählern*, 12 Prozent, oder mit den *Grünen*, 14 Prozent. Die AfD, die Söder rechts liegen lässt, ist für ihn natürlich kein Thema, wenn es um Koalitionen geht. Eine Partei, die allerdings 14 Prozent auf die Waage bringt, sollte man im Auge behalten. Am 8. Oktober wird in Bayern gewählt. Die Plakate mit dem Konterfei von Aiwanger hängen längst und munter zieht er durchs Land und verbreitet die Mär von der Schmutzkampagne gegen ihn.

Der „Politische Gillamoos“ am 4. September ist angeblich der größte „Stammtisch der Republik“, vergleichbar mit dem *Politischen Aschermittwoch*, allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: Die Aschermittwochsreden finden an verschiedenen Orten statt, der „Politische Gillamoos“ allein auf einer Festwiese in der niederbayerischen, 14.500 Seelen zählenden Kleinstadt Abensberg. Jede Partei hat ihr





eigenes Festzelt. Mit dabei sind nicht nur **Hubert Aiwanger** und Freunde im "Weissbierstadt", sondern auch **Markus Söder** und **Friedrich Merz** im „Hofbräuzelt“, **Lars Klingbeil** im „Härteis Festzelt“, **Winfried Kretschmann** im „Weinzelt“ und **Wolfgang Kubicki** im „Partyzelt des Weissbierstadt“. Das Besäufnis beginnt zeitgleich um 9:00 Uhr in allen Zelten. Nur die Schmuttelkinder der **AfD** dürfen nicht auf die Festwiese. **Alice Weidel** und ihre Leute treffen sich um 10:00 Uhr im Schlossgarten. Wer hat in Bayern eigentlich an einem Montagmorgen Zeit, sich das anzutun?

Der **CSU** scheint in diesem Wahlkampf der Allerwerteste mächtig auf Grundeis zu gehen, wenn man gezwungen zu sein scheint, **Franz-Josef Strauß** auferstehen zu lassen und auf den Plakaten abzubilden.



Foto: Main-Echo

Strauß war von 1961 bis zu seinem Ableben 1988 **CSU**-Chef und von 1978 bis 1988 Ministerpräsident. Um Koalitionen musste sich Strauß nicht kümmern, seine **CSU** brachte es während seiner Regentschaft jeweils auf knapp 60 Prozent. Rechts neben der **CSU** dürfe es nie eine Partei geben, war die Losung von Strauß. Nun, inzwischen sind es sogar zwei.



Apropos Wahlen. Am 8. Oktober wird auch in **Hessen** gewählt. Heute startet die **SPD** in Bad Homburg mit ihrer Spitzenkandidatin, Innenministerin **Nancy Faeser**. Sie hat schon erklärt, dass sie nur als Ministerpräsidentin in die Staatskanzlei von Wiesbaden einziehen wird. Im Falle sie verlöre, bliebe sie Innenministerin in Berlin. Diese Halbherzigkeit ist noch niemand gut bekommen.

Um das mögliche Amt der Ministerpräsidentin muss sich Faeser wohl keine Gedanken machen. Seit dem Rücktritt 2022 von MP **Volker Bouffier** übt dieses Amt **Boris Rhein** aus, dessen Familienname bekannter ist als er selbst. Derzeit gibt es eine Koalition aus **CDU** und **Grünen** und nichts deutet darauf hin, dass das am 9. Oktober anders aussehen wird. Die aktuelle Umfrage der **Forschungsgruppe Wahlen** sieht die **CDU** bei 31, die **Grünen** bei 18, die **SPD** bei 20, die **FDP** bei sechs und die **AfD** bei 15 Prozent.

Übrigens: Beim Wahlkampfauftakt wird Bundeskanzler **Olaf Scholz** fehlen. Er sei beim Joggen gestürzt und habe sich Prellungen im Gesicht zugezogen, meldet die **tagesschau**. Auf der Bühne zu stehen und so auszusehen, als käme er gerade aus einer Sitzung des Koalitionsausschusses, ist sicherlich nicht sehr publikumswirksam. Für Scholz wird Verteidigungsminister **Boris Pistorius** auftreten, was auch besser in diese Zeit passt.

Mut zur Intoleranz

„Es braucht den Mut zur Intoleranz denen gegenüber, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“ Das sagte einst **Carlo Schmid** (1896-1979), **SPD**-Politiker und einer der Väter des Grundgesetzes und des Godesberger Programms seiner Partei. Googelt man diesen Satz, so sieht man, wie oft er von anderen zitiert wurde, von **CDU**-Politikern wie **Thomas Strobel**, über die Thüringer Abgeordnete der Linken, **Katharina König**, bis hin zu Parlamentspräsidentin **Bärbel Bas**, die beim Holocaust-Gedenktag am 27. Januar 2022 das Zitat verwendete und aktuell am 75sten Jahrestag der Konstituierung des Parlamentarischen Rats in Bonn am 1. September.



Foto: DBT/Werner Schüring

„Es mutet ein wenig kurios an, wie sie so dasitzen, die höchsten Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bundesrepublik. Mit feinen Anzügen und



schicken Kostümen, andächtig einem Streichquartett von Beethoven lauschend. Während um sie herum ausgestopfte Giraffen ihre Häse recken und ein präpariertes Zebra aus einer künstlichen Wasserstelle schlürft. Ein Festakt mit den Spitzen von Staat und Politik – inmitten einer nachgebauten Savanne.“, lesen wir auf der Internetseite des Bundestages.

Nun, im **Museum Koenig** in Bonn tagte der Parlamentarische Rat ab dem 1. September 1948 mit dem Auftrag, ein Grundgesetz zu erstellen, das am 23. Mai 1949 in Kraft trat. Die beste Verfassung, die es jemals in Deutschland gab, eine demokratische Erfolgsgeschichte, die im kommenden Jahr zu Recht ausführlich gefeiert werden wird. *Auf YouTube können Sie die Reden von **Bärbel Bas**, Alt-Bundespräsident **Joachim Gauck** und dem amtierenden Bundesratspräsidenten **Peter Tschentscher** nachhören.*

Zurück zum Zitat von **Carlo Schmid**. Nach der Übertragung des Festaktes aus dem Zoo ausgestopfter Tiere im Museum Koenig, interviewte **phoenix** den Politikwissenschaftler **Prof. Wolfgang Merkel***. Er hält das Zitat für einen „*riskanten und problematischen Satz*“. *„Als liberale Republik sollten wir nicht auf die schiefe Ebene der illiberalen Politik ausweichen.“* **Das zweiminütige Statement von Prof. Merkel fügen wir als Anhang bei.**

Man kann zu Merkels Ansichten über Waffenlieferungen an die Ukraine geteilter Meinung sein. Es bedarf aber doch nicht erst des Hinweises auf den Satz von **Rosa Luxemburg**, dass die Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden ist. Ich schließe mich den Bedenken von **Wolfgang Merkel** bezüglich des Schmid-Zitates an. Intoleranz ist in unserem freiheitlich-demokratischen Staat zu Recht verpönt. **Es kann nicht sein, dass wir analog zum Gewalt-Monopol des Staates eine weitere Ebene des „Intoleranz-Monopols“ schaffen.** Wie soll denn der „*Mut zur Intoleranz*“ aussehen? Das haben weder **Bärbel Bas** noch **Joachim Gauck** ausgeführt.

Die Feinde der Demokratie, die sich gegenwärtig wie die Kaninchen vermehren, müssen mit rechtstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Wenn der AfD politische Mandate verweigert werden, zum Beispiel Vize-Präsident des Bundestages oder Bezirksstadträte in Berlin, darf die Frage erlaubt sein, wie das zu bewerten ist. Als rechtsstaatliches Mittel? Kein Abgeordneter oder Bezirksverordneter kann gezwungen werden, irgendetwas zu wählen. Oder sind diese Nichtwahlen Ausdruck der Intoleranz im Sinne von Schmid und Bas?

In dieser Woche gab es wieder zahlreiche Umfragen. Infratest dimap am 31.08. und Emnid Kantar und INSA am 02.09.2023. Hier die Werte in dieser Reihenfolge: Angaben in Prozent.

Union	29 25 27
SPD	16 18 18
Grüne	14 15 13
FDP	6 7 7
Linke	4 5 5
AfD	22 20 21

19 Prozent sind nach dem ARD-Deutschlandtrend vom 31. August (*Infratest dimap*) mit der Arbeit der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP zufrieden. Und Scholz, Habeck und Lindner grinsen vor dem Schloss Meseberg nach der Regierungsklausur. **Wir empfehlen „Sommerschloss der Stars: Meseberg-Klausur-Edition | extra 3 ...NDR“ auf YouTube.**

Lediglich mit der Arbeit von **Boris Pistorius** ist eine Mehrheit der Deutschen (52%) zufrieden. Lindner 32, Habeck 27 (gleichauf mit Wagenknecht?), Scholz 25 und Merz 23 Prozent.

Was noch?



Vorbei mit dem Austernschlürfen im Lafayette. Demnächst gibt's nur noch Bücher. **Joe Chialo**, Berlins neuer Kultursenator, hat sein Projekt gefunden. **Klaus Wowerit** wollte einst die neue Landesbibliothek am Rande des Tempelhofer Felds errichten. Daraus wurde nichts. Mal sehen, ob Chialo in der Friedrichstraße mehr Erfolg hat.

Fußball: Union 4:1 gegen Mainz, Platz 4. Hertha 4:6 gegen Magdeburg, Platz 16. Ich wünsche Ihnen einen sonnigen Sonntag mit vielen toleranten Menschen. **Ed Koch**

**Wolfgang Merkel ist Erstunterzeichner des „Offenen Briefs an Kanzler Olaf Scholz“ vom 29. April 2022, der sich gegen die Lieferung weiterer schwerer Waffen an die Ukraine ausspricht, aus Sorge vor einem Dritten Weltkrieg im Kontext des russischen Überfalls auf die Ukraine 2022. Diese Position verteidigte er auch vehement im Februar 2023 in der Talksendung Markus Lanz und im Spiegel-Streitgespräch mit der Politikwissenschaftlerin Claudia Major vom 1. Juni 2023. Merkel formulierte in beiden Formaten die Prognose: „Der Ukraine werden nicht die Waffen ausgehen, der Ukraine werden die Menschen ausgehen.“ Wikipedia*